



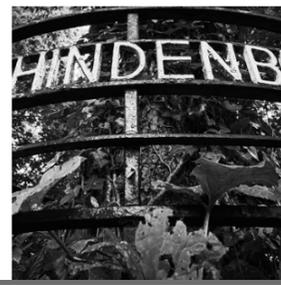
Heimspiel

Damit der Planet für alle reicht, will Bielefeld mit einer Nachhaltigkeitsstrategie Verantwortung übernehmen. **Seite 3**



Auswärts

Das Programm »weltwärts« ermöglicht jungen Menschen den interkulturellen Austausch über Grenzen hinweg. **Seite 5**



Rückwärts

Über den Streit um die Hindenburg-Eiche auf dem Johannisberg und wie damit umzugehen ist. **Seite 7**

Viertel

Schon bezahlt

Zeitung für Stadtteilkultur und mehr

Nr.46 | Herbst/Winter 2021

Trillerpfeifen als Waffen

Die Landesregierung will die Versammlungsfreiheit einschränken. Über die Auswirkungen sprach Bernhard Wagner mit Bielefelder Initiativen

FOTO: KALUS FEURICH



Seit Monaten laufen engagierte Bürgerinnen und Bürger Sturm gegen ein neues Versammlungsgesetz, das die nordrhein-westfälische Landesregierung plant. Auch in Bielefeld fanden zwei Protestveranstaltungen statt. Am 1. Juli konnte ein Redner zumindest einen kleinen Erfolg der Kampagne verkünden. Die Verabschiedung des Gesetzes war verschoben worden. Der Grund war ein Polizeieinsatz in Düsseldorf am 26. Juni. Bei einer Demonstration gegen eben jenes Versammlungsgesetz waren dort 100 Demonstrierende stundenlang eingekesselt und von der Teilnahme ausgeschlossen worden. Rechtswidrig, wie das veranstaltende Bündnis feststellte. Das auch Journalisten von Polizeigewalt betroffen waren, führte zu einem handfesten Skandal. Dem wollte Ministerpräsident Armin Laschet den Wind aus den Segeln nehmen und will das Gesetz nach der Bundestagswahl wieder auf die politische Agenda setzen.

Mehr Zeit für die Kritiker. Denn die befürchten eine Einschränkung der Versammlungsfreiheit und mehr willkürliche Eingriffsmöglichkeiten der Polizei. Das ist nicht nur ein Thema für politische Aktivisten, denn die Versammlungsfreiheit ist ein wichtiger Bestandteil der Demokratie. Sie betrifft alle Menschen, die sich zusammenfinden, um ihre Anliegen gemeinsam zu besprechen oder damit auf die Straße zu gehen. Egal ob es um den Erhalt einer Grundschule geht, eine

Tempo-30-Zone, Klimaschutz oder Antifaschismus. Auf der Straße können Menschen ihre Interessen direkt artikulieren, nicht nur über Wahlen oder Parteienvertreter. Und sie können ihre Kritik am Regierungshandeln auch zwischen den Urnengängen auf die Straße tragen. Darum sehen Kritikerinnen und Kritiker mit einer Einschränkung der Versammlungsfreiheit einen ganz wichtigen und direkten Teil der Demokratie ausgehöhlt.

Ziviler Ungehorsam verboten

Vor allem kleine oder spontane Initiativen trifft die im Gesetzentwurf vorgesehene Bürokratisierung. So kann die Polizei vor einer Veranstaltung eine Liste mit Namen und Adressen der Ordnerinnen und Ordner verlangen, üblicherweise einer je 50 Teilnehmende. Ein Riesenproblem für Klaus Rees vom Bielefelder »Bündnis gegen Rechts«. Das Bündnis organisiert Proteste gegen Nazis und hat, meist recht kurzfristig, auch schon 10.000 Menschen auf die Straße gebracht. 200 Ordner müssten dann gestellt werden. »Wie sollen wir die finden, wenn alle Namen und Adressen bei der Polizei registriert werden?« fragt Rees. Zudem kann die Polizei grundlos Ordner ablehnen und das Spiel ginge wieder von vorne los. Auch das »Störungsverbot« des geplanten Gesetzes steht in der Kritik. Demnach sollen schon einfache

Störungen angemeldeter Versammlungen verboten werden. Nazikundgebungen dürften dann nicht einmal mehr ausgepiffen werden und bereits die Trillerpfeife in der Jackentasche wäre verboten. Auch ziviler Ungehorsam, etwa die friedlichen Blockaden, mit denen Bielefelder im November 2019 versuchten einen Naziaufmarsch aufzuhalten sollen strafbar werden. »Jede Form von Widerstand gegen Nazis würde kriminalisiert«, resümiert Rees.

Auch die Klimabewegung befürchtet Einschränkungen. Sie ist ebenfalls davon betroffen, dass es deutlich schwerer werden soll Demonstrationen zu organisieren. »Viele Regelungen des geplanten Gesetzes wirken einschüchternd«, findet der Bielefelder Aktivist Timo Andersson. Die Bewegung artikuliert sich auch mit vielfältigen Aktionen zivilen Ungehorsams, die nun stärker kriminalisiert werden sollen. »Uns ist immer wichtig, dass alle Beteiligten gut vorbereitet sind«, sagt Andersson. Aber nun soll schon die Vorbereitung etwa durch Blockadetrainings verboten werden.

Kleiderordnung für Demos

Zudem geben viele unpräzise Formulierungen der Polizei jede Menge Ermessensspielraum. Problematisch ist die vom Gesetz vorgegebene Kleiderordnung für Demonstranten. Das schon bislang geltende Uniformverbot wird in einem sogenannten »Militanzverbot« auf »einheitliche« Kleidung ausgeweitet. Schon wenn die Kleidung »einschüchternd wirkt« kann die Polizei Menschen die Teilnahme an einer Versammlung untersagen. Das trifft Bürgerinnen und Bürger vor allem im Konfliktfall, wie die Vorfälle in Düsseldorf zeigen. Die Kleiderordnung macht auch dem DGB NRW Sorge. Der Gewerkschaftsverband hat eine ganze Reihe von Nachbesserungsforderungen aufgelistet. Einheitliche Arbeitskleidung oder Streikwesten gehören zur Grundausrüstung gewerkschaftlicher Veranstaltungen. Gelegentlich werden sogar berufliche Schutzausrüstungen oder Helme getragen. Aber auch viele andere Gruppen machen mit einheitlicher Kleidung auf ihr Anliegen aufmerksam. Die weißen Einmalanzüge sind so zu einem Symbol der Klimabewegung geworden. Unter Berufung auf das »Militanzverbot« könnte die Polizei eine Versammlung schon wegen gemeinsamer Motto-T-Shirts auflösen. Und auch das ist einfach zu viel Spielraum für die Polizei.

» wörter davor

»Einmal, alle vier Jahre, da tun wa so, als ob wa täten ... dis is ein scheenet Jefiehl!« läßt Kurt Tucholsky seinen älteren, aber leicht besoffenen Herrn anlässlich der Reichstagswahl 1930 sagen. Und wie das mit Gefühlen so ist: so schnell sie aufpoppen, so schnell werden sie flau. Hält sich die Einflussnahme des Volkssouveräns doch in Grenzen, wenn von 60,4 Millionen Wahlberechtigten 46,3 Mio. zur Wahl gehen und davon gute 5,7 Millionen Stimmen (immerhin 12 Prozent) der Fünf-Prozent-Klausel zum Opfer fallen. Dazu kommen diejenigen, die erst gar nicht wählen dürfen: Zum Beispiel über 11 Millionen Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit oder Jugendliche über 16 Jahren.



Dass weniger als 50 Prozent der Wohnbevölkerung über die Besetzung des Bundestages entscheiden, macht das »dit scheene Jefiehl« noch scheener? Eher nicht. Und obwohl die ausgesiebten 12 Prozent auch nicht mehr mitmachen, erschauerten am Wahlabend die konkurrierenden Parteien schon bei der bloßen Vorstellung, mit mehr als zwei Alliierten regieren zu müssen. Bei der ernsthaften Durchsetzung der notwendigen Veränderungen werden Kompromisse, die Eigeninteresse vor Gemeinschaftsinteresse stellen, nicht ausreichen.

Die »Viertel« hegt natürlich auch Eigeninteressen. Wir möchten Sie zum Beispiel für die Dinge interessieren, die uns aufgefallen sind. Wenn Sie weiterblättern, wissen Sie, was wir meinen.

Für die Redaktion, Matthias Harre

» vorlaut

Der Löwe ist los

Eine »Christenverfolgung 2.0« sehen Kirchenvertreter laut Gemeindebrief im Bielefelder Westen ausgebrochen. Christliche Märtyrer, die von Löwen durch die Meinderstraße gehetzt werden? Ein Religionskrieg rund um die Liboriuskirche? Eher unwahrscheinlich. Die Anwohnerschaft im Bielefelder Westen wird wohl auf Kreuzigungen verzichten. Geht es ihnen doch einzig um SUVs und andere Gefährte, die zu Gottesdienstzeiten die Straßen verstopfen werden. Muss deshalb aber die Geistlichkeit vom Kirchturm aus auf Spatzen schießen?

IN KÜRZE

Verzockt

»Die CDU hat sich verzockt«, titelte die Lokalchefin der »Neuen Westfälische« (NW) Andrea Rolfes ihren Kommentar nach der Bundestagswahl. Stimmt. Aber auch Rolfes und ihr Blatt haben sich verzockt. Fast täglich geißelte die NW die rot-grün-rote Verkehrspolitik in Bielefeld, weinte um jeden im Versuch »altstadt-raum« weggefallenen Parkplatz, kritisierte jede Baustelle für den Straßenrückbau und Radwegausbau und bot jeder noch so kleinen Gruppe den Platz im Blatt, das Gleiche zu tun. Hauptsache dagegen und Hauptsache laut. Die Politik von SPD, Grünen und Linken schade der Altstadt – ach, ganz Bielefeld, die Koalition verteuere das Auto, treibe Handwerker in den Ruin und behindere Oma daran, zur Arztpraxis zu kommen. Das ist ganz mies. Bietet aber Futter für Trolle und füllt die Leserbriefspalten.

Über Fehler berichten, die es bei diesem Riesenprojekt Verkehrswende gegeben hat und sicher auch noch geben wird, ist normal. Aber Vorwürfe und Vorurteile gegen die rot-grün-rote Verkehrswende, Glaubenssätze und Ängste mit Sachlich- und Fachlichkeit zu konfrontieren – das wäre guter Journalismus. Das aber hat die NW nicht geleistet. »Anti-Auto-Politik mit der Brechstange«, urteilte Andrea Rolfes eine Woche vor der Bundestagswahl, als sei die Verkehrswende ohne Bürger*innenbeteiligung aus der Politikhöhle heraufgestiegen.



Was für ein Unsinn. Allein den »Radentscheid«, der sich für eine bessere Radverkehr-Infrastruktur einsetzt, haben rund 26.600 Menschen unterschrieben. Dann die Initiative »Mut zur Verkehrswende«, Pro Nahverkehr, der Allgemeine Deutsche Fahrradclub oder auch die vielen Menschen, die sich in der »Fridays For Future«-Bewegung für eine enkelgerechte Zukunft einsetzen.

Bei der Bundestagswahl haben gut 55 Prozent der wahlberechtigten Bielefelder*innen die Parteien der kommunalen Verkehrswendekoalition gewählt. Verzockt, NW! Kleiner Tipp: Statt miese Kampagnen zu reiten und mit Empörung Auflage zu machen, einfach mal journalistische Tugenden pflegen. Neugier statt Vorurteil, Recherche statt »Copy & Paste«.

Die Redaktion

Kirchturmpolitik kontrovers

Seit einem Jahr wird zwischen Anwohnern und den neuen Pächtern der St. Liborius Kirche im Bielefelder Westen um ein Verkehrskonzept gerungen. Von Ulrich Zucht



Die polnische Gemeinde will zukünftig die Sankt Liborius Kirche in der Meinderstraße nutzen. Die renovierungsbedürftige Pfarrkirche soll in Stand gesetzt werden und zusätzliche Parkplätze bekommen. Seitdem gibt es Diskussionen darüber, was die Pläne für das Verkehrsaufkommen in den anliegenden Straßen bedeutet. Messen am Wochenende und Ausbau der Parkplätze können ein Verkehrschaos auslösen, wenn mehr als 300 Gläubige pro Gottesdienst aus ganz OWL anreisen.

Der Protest an den Plänen der 6.000 Gläubige umfassenden Gemeinde führte zur Gründung der Bürgerinitiative »Lebenswerter Westen«. Sie bezweifelt, dass die Gemeindepläne mit dem Verkehrskonzept »Bielefel-

der Westen« zur Verkehrsberuhigung im Quartier vereinbar sind.

Bereits im letzten Jahr diskutierte die Bezirksvertretung Mitte (BZV) darüber und gab ein Gutachten in Auftrag, um die verfahren Situation zu klären. Das kam zu dem Schluss, dass die geplante Nutzung mit dem Verkehrskonzept vereinbar sei. Diese Einschätzung stieß bei Umweltverbänden und Bürgerinitiative auf Widerspruch.

Ähnlich in der Politik: »Die Ansicht der Verwaltung, die veränderte Nutzung der St. Liborius Kirche in das Verkehrskonzept »Bielefelder Westen« ohne spürbare Auswirkungen integrieren zu können, hält die SPD-Fraktion für fraglich«, fasste der BZV-Abgeordnete Frederik Suchla die Diskussi-

on zusammen. Auf Antrag der Grünen wurde die Verwaltung beauftragt, mit der Gemeinde über Maßnahmen zur Verkehrseingrenzung zu verhandeln. Im Juni wandte sich die Bürgerinitiative mit einem Offenen Brief an den Oberbürgermeister und veranstaltete eine Demonstration, an der sich rund 150 Personen beteiligten.

Der Ton wird rauer

Nun wurde der Ton zwischen den streitenden Parteien rauer. In einem Offenen Brief prangerten die Kirchenvertreter an, die Entwicklung mache sie, »sowie viele andere Bewohner des Viertels fassungslos«, ob des »Widerstands einiger Anwohner, die für sich selbst den Anspruch erheben, für alle Bewohner des Viertels zu sprechen«. Die »Wortführer schüren seit Monaten (...) in der Presse Ängste«.

Die Bürgerinitiative wandte sich mit einer Bürgereingabe an die BZV. Diese fordert von der Pfarrgemeinde ein Verkehrskonzept für die Neunutzung. Die BZV Mitte beschloss einstimmig auf seiner letzten Sitzung, die Anregungen aus der Bürgereingabe zu berücksichtigen. Die Verwaltung wurde aufgefordert, das Gespräch mit den Gemeindevertretern zu suchen. Für Ende September ist ein erster Gesprächstermin vereinbart worden, so Olaf Lewand, Leiter des Amtes für Verkehr. Auch zwischen der Bürgerinitiative und den Kirchenvertretern hat es erste Gespräche gegeben, die fortgesetzt werden sollen.

Spurensuche im Viertel

Ein Rundgang öffnet die Augen für jüdisches Leben im Bielefelder Westen. Von Silvia Bose

Auf Bürgersteigen eingelassene Stolpersteine erinnern an jüdische Mitbürger*innen. Sie informieren, wann sie geboren wurden, wann und wo sie starben oder von den Nazis ermordet wurden. Oft deutet aber nichts auf jüdisches Leben und jüdische Geschichte hin. Aufklärungsarbeit leistete der Historiker Heinz-Dieter Zutz im September mit seinem Stadtrundgang »Jüdische Familien im Bielefelder Westen«.

In der Rolandstraße 10 informierte er zum Beispiel über die Familie Loewenthal. In den 1920er Jahren lebten hier der durch das Kachelhaus in der Goldstraße bekannte Architekt Paul Loewenthal, seine Frau Selma und ihre drei Töchter Luise, Anne und Käthe. Die Mädchen verließen Deutschland 1939

mit dem Kindertransport nach England. Die Eltern wurden 1941 nach Riga deportiert und ermordet – wie fast alle der etwa 25.000 deutschen, nach Riga verschleppten Jüdinnen und Juden.

Der Rundgang führte auch vorbei an der Werther Straße 6. Das repräsentative Haus gehörte Ernst Paderstein. Der Bezirksdirektor der Albingia-Versicherung wurde 1942 nach Theresienstadt deportiert, wo er nach zehn Wochen am 7. Oktober 1942 starb.

An viele Jüdinnen und Juden erinnert heute aber nichts mehr. Dem will Zutz Erinnerungskultur entgegensetzen: »Man muss die Vergangenheit kennen, um Schlüsse für die Gegenwart und die Zukunft ziehen zu können.«

Mit Erlösen aus seinem Stadtrundgang will der Historiker Stolpersteine für den jüdischen Steinzeitforscher Siegfried Junkermann und seine beiden Söhne finanzieren. Der Inhaber einer Textilagentur war als Wissenschaftler hoch anerkannt. Er leitete eine Arbeitsgemeinschaft von Archäologen in Ostwestfalen, wurde aber 1934 von seinen antisemitischen Vereinsbrüdern abgesetzt. Junkermann emigrierte nach England, wo er 1944 starb.

» Info »

Bei Interesse bietet Zutz den Stadtrundgang noch einmal an. Anfragen unter GefaoZutz@t-online.de

TIM'S
Leihwagen

- PKW
- LKW
- Kleintransporter
- 9-Sitzer
- Anhänger
- Unfallschutz
- KFZ-Werkstatt

Walther-Rathenau-Str. 77 • 33602 Bielefeld
☎ **05 21 - 6 40 50**
www.timsleihwagen.de • info@timsleihwagen.de

mondo
buchhandlung

elsa-brändström-str. 23
33602 Bielefeld
05 21 64 163
kontakt@mondo-bielefeld.de

bi-buergerwache.de

Kaffee Siegfriedplatz
Wirtschaft

Geöffnet Mittwoch und Freitag ab 9 Uhr
und bei schönem Wetter von 15 bis 23 Uhr

Globales lokal umsetzen

Mit der Nachhaltigkeitsstrategie will Bielefeld Verantwortung für globale Entwicklung übernehmen. Wie groß diese Aufgabe ist, fragte Aiga Kornemann Projektkoordinatorin Birgit Reher

Viertel: Wozu braucht Bielefeld eine Nachhaltigkeitsstrategie?

Birgit Reher: Die Agenda 2030 hat für einen Umschwung gesorgt, indem sie sagt, weltweit sind Kommunen die wichtigsten Stellschrauben für die globale Entwicklung. Bielefeld hat diese Verantwortung sofort angenommen. Denn vor Ort können wir vieles anstoßen, mit der Verwaltung, mit der Wirtschaft, mit sozialen Bereichen, mit Umwelt- und Klimaschutz, Kultur und Bildung. Die NHS bildet ein Dach über Handlungsprojekte, die wir bei der Stadt bereits haben, und sie geht deutlich weiter. Konzepte zum Thema Bildung, Gesundheitsziele sind mit gefasst. Natürlich ist auch das Handlungsprogramm Klimaschutz ein wichtiger Part.

Entgegen der Agenda-Empfehlungen hat Bielefeld die Strategieentwicklung nicht öffentlich, sondern als internen Verwaltungsprozess gestartet. Warum?

Anfang 2016 wurde uns klar, dass wir eine öffentliche erste Runde für die »Global-nachhaltige Kommune« nicht stemmen können, während gerade viele Flüchtlinge ankommen. Aber wir wollten dranbleiben, darum sind wir verwaltungsintern mit einer Bestandsaufnahme gestartet und haben die Entwicklung strategischer Ziele vorbereitet. Die operativen Umsetzungsmaßnahmen, wo die Reise dann wirklich hingehen soll, hat ein Steuerungskreis aus 60 Institutionen und Organisationen quer durch alle gesellschaftlichen Bereiche erarbeitet.

Wie viel Marketing steckt in der NHS?

Die Entwicklung der drei Markenbausteine »Lebenswerte Großstadt«, »Stadt der Bildung und Wissenschaft« und »Starke Wirtschaft« fand quasi parallel mit einer breiten Bürgerbeteiligung statt. Wofür steht Bielefeld, da haben viele Menschen ihre Ideen eingebracht. Dann hat die Verwaltungsleitung gesagt, wir möchten das aber nicht als reinen Marketingprozess sehen, sondern schauen, wie wir den auch mit Nachhaltigkeit füllen. Das kann ja nicht nur was fürs Plakat sein. Eigentlich war es also umgekehrt: Im Marketing steckt jetzt auch die Nachhaltigkeit.

Was hat die Bestandsaufnahme hervorgebracht?

Wir haben alle schnell gemerkt, wie viele gute Ansätze es auf allen Ebenen gab, die vorher nicht sichtbar waren. Allein diese Erkenntnis war sehr wertvoll. Sie hat Vernetzung der Fachleute untereinander ermöglicht, die auch weiterhin hilfreich sein wird fürs Handeln.

Was kam neu dazu?

Wir müssen viel mehr Wissen generieren, was es überhaupt bedeutet, in einer globalisierten Welt zu leben. Darum haben wir den Aspekt »Bildung für Nachhaltige Entwicklung« (BNE) aufgenommen. Globale Aspekte lokal umsetzen, vielleicht Projekte im kulturellen Bereich anstoßen, die in die entwicklungspolitische Zusammenarbeit reichen. Außerschulische Bildung besser vernetzen im Thema globale Bildung. Der zweite wichtige Punkt war, wie sich Wirtschaftsprozesse hin zu zirkulären und auch zu verantwortungsvollen Prozessen weiterentwickeln lassen. Wie zukunftsfähige Themen bis in die einzelnen Betriebe hinein bekannter werden können. Strukturen zu etablieren, die Zusammenhänge vermitteln, das hat sich als Dreh- und Angelpunkt erwiesen.



FOTO: MARTIN SPECKMANN

Im Verhältnis Mensch-Natur soll es bald runder laufen.

Nachhaltigkeit weltweit

Kommunen tragen die Agenda 2030 zu den Bürger:innen

Die wirtschaftliche Macht Indiens wächst, in Südkorea ist das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf inzwischen höher als in Portugal, Menschen in Botswana haben im Durchschnitt ein höheres Einkommen als in Bulgarien. Die alte Zweiteilung der Welt in Industrieländer und Entwicklungsländer stimmt nicht mehr. Darum formulierten Regierungsverantwortliche aus aller Welt beim UN-Nachhaltigkeitsgipfel 2015 erstmals, dass sich weltweit alle Länder für ein zukunftsfähiges Wirtschafts- und Gesellschaftssystem verändern müssen, im Grunde also alle »Entwicklungsländer« sind. Um die globale Entwicklung sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltig gestalten zu können, einigten sie sich auf die Agenda 2030, deren Kernstück 17 Ziele bilden. Diese »Sustainable Development Goals (SDGs)« berücksichtigen alle Dimensionen nachhaltiger Entwicklung und sind weltweit anwendbar.

Kommunen sind aufgerufen, voranzugehen und ihre Bürger:innen zur aktiven Gestaltung des Wandels zu motivieren. Bielefeld hat in seiner Nachhaltigkeitsstrategie (NHS) 30 strategische Ziele in elf Handlungsfeldern gesetzt und 79 »operative Umsetzungen« formuliert. Die NHS wurde auf die Querschnittsthemen Gleichberechtigung, Generationengerechtigkeit und Digitalisierung abgeklöpft und den SDGs zugeordnet. Eine erste Zwischenbilanz wird die Stadt 2023 ziehen.

1: Armut beenden

2: Ernährung sichern

3: Gesundheit und Wohlergehen

4: Hochwertige Bildung

5: Gleichstellung von Frauen und Männern

6: Zugang zu sauberem Wasser

7: Erneuerbare Energie

8: Nachhaltiges Wirtschaften

Die 17 Ziele

9: Innovation und Infrastruktur

10: Weniger Ungleichheiten

11: Nachhaltige Städte und Gemeinden

12: Nachhaltig produzieren und konsumieren

13: Klimaschutz weltweit

14: Leben unter Wasser schützen

15: Leben an Land schützen

16: Starke, transparente Institutionen

17: Globale Partnerschaft

Stichwort »ganzheitliche Stadtplanung«. Was heißt das?

Wenn wir zum Beispiel Bereiche haben, die von Straßenlärm betroffen sind, kann man Lärmschutzfenster einbauen. Das ist eine tolle Möglichkeit. Man kann aber auch außerdem planerisch schauen, welche Themen sich da überschneiden: Straßenführung, Grünflächen, Mobilität für verschiedene Arten, sich zu bewegen. Ganzheitlich gedacht greift da viel ineinander und dieser Angang ermöglicht einen nachhaltigen Umgang mit drängenden Problemen.

Bielefeld hat sich an den NHS des Landes NRW und des Bundes orientiert. Wo geht Bielefeld darüber hinaus?

Wir wollen den kommunalen Gebäudebestand bis 2030 klimaneutral stellen. Wir haben rund tausend Gebäude, allein rund 100 Schulen. Das ist ein sehr ambitioniertes Ziel. Auch im Grünplanungsbereich wollen wir schnelle Schritte gehen. Da sind aber auch Vorarbeiten geleistet worden in den letzten Jahren.

Mal angenommen, Bielefeld hat 2030 die NHS erfolgreich umgesetzt, was wird rückblickend der größte Hub gewesen sein?

Wie wir es hinkriegen, die Flächenkonkurrenzen nachhaltig aufzubauen. Bielefeld muss als kreisfreie Stadt mit begrenzten Flächen haushalten, an denen alle ziehen. Wohnungsbau, Industrie, Gewerbe, Verkehr ... Gleichzeitig sollen Stadtklima und Stadtgrün Lebensqualität für künftige Generationen erhalten, der Waldanteil bleiben, die Landwirtschaft sich nachhaltig entwickeln. All diese Interessen unter einen Hut zu bringen, ist nicht einfach. Aber wenn man sich nichts vornimmt, kann man auch nichts schaffen.

» Info »

Birgit Reher ist Koordinatorin des Bielefelder Projekts »Global Nachhaltige Kommune in NRW«. Die NHS der Stadt steht zum Download auf bielefeld.de, Suche: Nachhaltigkeitsstrategie



LORBEER-APOTHEKE

Seit
50 Jahren
mitten im
Bielefelder
Westen

– Naturheilkunde –
– Homöopathie –

Apotheker Dietmar Becker e. K.
Siechenmarschstraße 32
33615 Bielefeld
Telefon 05 21 / 12 25 41

www.lorbeer-apotheke.de

Anzeige

OWL. Ein Träumchen

Die FH Design an der Lampingstraße hat jede Menge exzellenter Fotograf:innen ausgebildet. Martin Langer ist einer von ihnen. Zu seinem »Land des Lächelns« befragte ihn Matthias Harre

FOTO: MARTIN LANGER



Martin Langer hat in Bielefeld studiert und 1992 mit dem Bild vom eingenässten Hitlergruß den trunkenen Neonazi verewigt. Er fotografiert für »Robin Wood«, »Greenpeace« und kommerziell fürs Einkommen, ist reichlich ausgestellt und ausgezeichnet. Seine Arbeiten hängen in den Museen der Welt. Sein neues Fotobuch ist ein scoop und wird bundesweit durch die Feuilletons gelobt.

Viertel: Mittlerweile haben fast alle relevanten Medien über »Das Land des Lächelns« berichtet. Überrascht von dem Hype? Oder ist der auch Ergebnis jahrzehntelang gepflegter Netzwerke?
 Martin Langer: Nein, nicht wirklich überrascht. Ich habe die Berichterstattung ja selbst angeschoben. Denn tatsächlich habe ich Kollegen bei den betreffenden Blättern, die ich ansprechen konnte. Die sind mittlerweile Ressortleiter oder Chefs, das hilft natürlich. Die durchweg sehr positiven Besprechungen waren damit ja nicht garantiert; ist ja immer

ein Risiko. Da führt man ein langes Gespräch, verrät dies und das. Und muß dann hoffen, daß die Sache im Blatt gut weg kommt.

Bei »Amazon-Fotobücher« auf dem ersten Platz. Was macht das mit einem »alten Linken«?

Naja, ist mir eigentlich egal. Die fünf Minuten Stolz waren schnell vorbei. Ich unterstütze selbstverständlich gern die lokalen Händler. Aber wir haben 2021, ich kaufe auch im Netz. Vielleicht naiv, aber so ein Online-Monopolist ist nicht mein Feind, sondern Routine für viele Interessenten.

Wie ist das, wenn fast 40 Jahre alte Bilder mehr Beachtung finden als die aktuellen Arbeiten?

Das Interesse an guten alten Bildern ist ja verständlich. Das ist ja eigentlich immer so, das kennen ja die meisten vom Durchblättern ihrer Familien-Fotoalben. Da kommen Erinnerungen hoch, sentimental value. Da zeigen sich andere Emotionen als bei den gewohnten Gegenwartsmotiven. Alte Bilder sind etwas Besonderes, weil man sie nicht mehr herstellen kann, die Buchhandlungen sind voll von Bildbänden für jeden Jahrgang. Interessant wird es in 40 Jahren abjetzt. Da wird es nämlich einen Großteil solcher Bilder gar nicht mehr geben, allein schon deshalb, weil die Daten nicht gesichert wurden (Handyfotos, welcher user macht schon backups).

Als die Arbeiten zum »Land des Lächelns« entstanden, hat kaum jemand

aufs »Recht am eigenen Bild« gepocht. Wäre so eine Serie doch sehr intimer Momente heute noch möglich?

Ich mache auch heute noch solche Bilder auf der Straße. Man muß es können. Die Ausstrahlung, die Herangehensweise, die Methode an sich spielt eine große Rolle, das war nie anders. Im passenden Moment sind die Fotografierten oft abgelenkt. Oder man lenkt sie ab. Mehr verrate ich nicht. Oder doch: Elliot Erwitt hatte eine Hupe dabei...

Wenn Du »Ostwestfalen« hörst, was geht Dir durch den Kopf?

OWL. Ein Träumchen. Ich hatte da eine gute Zeit. Bin einigermaßen erwachsen geworden, vom Hobby-Fotografen zum Fotografen gereift, habe Doppelkopf gelernt und einen schönen Freundes- und Bekanntenkreis gehabt. Die Gegend selbst war Kulisse, ganz wertfrei. Vielleicht ist eine reizfreie Stadt ja sogar hilfreich beim Reifeprozess.

Ist analoges Fotografieren noch ein Thema?

Analog fotografiere ich nicht mehr. Ich finde die alten Apparate immer noch schön, die Auslösergeräusche und das Spannen des Films. Und ich vermisse die Kontaktbögen, die den Ablauf so schön aufzeigen. Aber ich arbeite nur Digital.

Was würdest Du Dich selbst fragen in so einem Interview?

Bei der Frage mache ich nicht mit.

Kurioses Date und totale Soziologie

Ein außergewöhnlicher Roman über eine ostwestfälische Stadt. Bernhard Wagner hat ihn gelesen

FOTO: VENTIL VERLAG



Der kleine Ventil Verlag hat mir im letzten Lockdown die drei besten Leseerlebnisse beschert. Eines davon war »Alles Sehen« von Christoph Höhtker. Der Roman spielt nicht nur vor der Kulisse unserer ostwestfälischen Metropole, er nimmt

eine literarische und soziologische Vermessung der Stadt vor. Umso erstaunlicher, dass das Buch in Bielefeld kaum bekannt ist. Immerhin erschien es schon 2015 und war für den Schweizer Literaturpreis nominiert.

Etliche Protagonisten könnten aus der Postpunk-Ära stammen. Aufgrund ihrer

mehr oder weniger prekären Existenzgrundlage fehlt ihnen die Energie zu literarischem Heldentum. Ein wenig erinnert das an den Debütroman »Herr Lehmann« von Sven Regener, auch wenn bei Christoph Höhtker deutlich mehr bewusstseinsweiternde Substanzen im Spiel sind. Übrigens auch mehr schwarzer Humor und Sarkasmus. Für diejenigen, die das mögen, ist das Buch überaus witzig und die Charaktere skurril. Da ist der Kleintaxiunternehmer und Kleindealer Urs Föste. Oder Michi Brandt, angeblich mit einem mysteriösen Buchprojekt beschäftigt, ein kommunistischer Transportunternehmer, ein soziologisch interessierter Türsteher oder der durchgeknallte Möbeldesigner Jan. Später kommen zwei homosexuelle Edelgastrologen und ein islamistischer Konvertit dazu. Und dann ist da natürlich noch die sehr attraktive Ania, strahlender Mittelpunkt im Sonnensystem ziemlich trüber Gestalten.

Alle Figuren mäandern einen Tag und eine Nacht auf ein furioses Finale in der Edelgastrologie »La Terasse« im äußersten Bielefelder Westen zu. Doch nicht nur die Handlung treibt die Geschichte voran, es sind auch Sprachwitz, literarische Virtuosität, Skurrilität und Wahnsinn der handelnden Personen. Höhtker vermag immer wieder zu überraschen.

Wenngleich die Geschichte in den Jahren rund um das Erscheinen des Buches spielt, fühlt man sich oft zurückversetzt in die 80er und frühen 90er Jahre. Manche Figuren sind dort einfach kleben geblieben, und auch die Beschreibung der Stadt scheint mitunter dort zu verharren.

Herbert Achternbusch hat über Heimat gesagt: »Diese Gegend hat mich kaputtgemacht und ich bleibe bis man ihr das anmerkt.« Höhtker hat zwar beizeiten die Stadt verlassen, aber in diesem Sinne ist »Alles Sehen« ein bitterböser Heimatroman.

Zuletzt darf ein Hinweis auf die Romanfigur Frank Stremmer nicht fehlen, dessen Biographie einige Übereinstimmungen mit der des Autors aufweist: In Bielefeld geboren, Soziologie studiert und derzeit PR-Fuzzi in Genf.

»Alles Sehen« ist der mittlere Band einer Trilogie um Stremmer, der hier allerdings nicht die Hauptrolle spielt. Dennoch hält er so manchen Faden der Handlung in der Hand, eben ganz wie der Autor. Ein weiteres Alter Ego des Verfassers könnte Professor Höhtker sein. Der Soziologe wird in einem Schweizer Sanatorium behandelt und begründete die etwas krude soziologische Schule der »totalen Soziologie«, die »Alles sehen« will.

» Info »

Christoph Höhtker, Alles Sehen, 2015, Ventil Verlag Mainz, 19,90 Euro

Anzeigen

Buch tipp
 Ihre Buchhandlung im Bielefelder Westen!

- Bücher und Hörbücher
- Schöne Postkarten
- Besondere Geschenkartikel & erlesene Schals
- Ausgewählte Musik

Ihr eiliges Buch ... heute bestellt, morgen da!

Öffnungszeiten
 Mo-Fr: 9.00 - 13.00 Uhr
 15.00 - 18.30 Uhr
 Sa: 10.00 - 14.00 Uhr

Kommunikation
 Fon 05 21 - 9 86 26 60
 www.buch Tipp-bielefeld.de
 lesen@buch Tipp-bielefeld.de

Christiane Lemcke

Meindersstraße 7 · 33615 Bielefeld

Ihre Buchhandlung für **Politik & Poesie**

eulenspiegel

Hagenbruchstraße 7
 33602 Bielefeld
 Fon 05 21.17 50 49
 Fax 05 21.13 35 10
 e-mail: buch_eulenspiegel@gmx.de
 www.buchladen-eulenspiegel.de

DIE KRONENKLAUER

KINDER- UND JUGENDBÜCHER

Goldbach 27 / Ecke Arndtstraße / 33615 Bielefeld
 0521.12 41 11 / mail@kronenklauder.de
 www.kronenklauder.de

In der Welt für's Leben lernen

Das »Welthaus Bielefeld« bietet jungen Leuten aus Deutschland, aber auch aus Nicaragua, Mosambik oder Zimbabwe ein freiwilliges entwicklungspolitisches Jahr und damit interkulturellen Austausch. Von Bernd J. Wagner

»Das war ein cooles Projekt«, sagt Lisa-Marie Hülsmann. Auch Pia Vorspel ist begeistert: »Das war das Beste, was ich nach dem Abitur machen konnte!« Beide waren 2015/16 mit »weltwärts« in Nicaragua. Geplant war das anfangs nicht. Lisa-Marie Hülsmann wollte nach dem Abitur ein freiwilliges soziales Jahr in Bethel machen, erhielt aber keine Zusage. »Ich wollte ein Jahr ins Ausland gehen, aber keinen Urlaub machen, sondern etwas Sinnvolles tun«, erinnert sich Pia Vorspel. Beide nahmen an einer Informationsveranstaltung des »Welthaus Bielefeld« teil. Und dann war ihre Entscheidung gefallen: Nicaragua.

Bevor es losging, besuchten sie ein Seminar, das sie auf ihre Einsatzorte vorbereiten und mit dem Alltagsleben, Politik und Kultur Nicaraguas bekannt machen sollte. Das gehört zur Konzeption von »weltwärts«, Sprachkenntnisse sind nicht erforderlich.

Glücklicherweise hatten beide mehrere Jahre Spanisch gelernt. Davon haben sie profitiert: Lisa-Marie Hülsmann in einer Förderschule in Estelí und Pia Vorspel in einer so genannten Marktschule im Norden Nicaraguas mit Kindern, deren Eltern auf einem Wochenmarkt beschäftigt waren. Die jungen Abiturientinnen übernahmen in den Schulen die Rolle von Lehrkräften, was ihnen schmeichelte, zeitweise aber auch belastete. Mit den Kindern zu sprechen, war wesentlich einfacher als Elterngespräche zu führen. »Das ist nicht leicht, wenn du nicht alles verstehst oder dir die Worte fehlen«, bemerkt Pia Vorspel nachdenklich. Aber auch diese Erfahrungen gehören zum entwicklungspolitischen Freiwilligendienst, geht es doch ums interkulturelle Lernen, Begegnungen, um interkulturellen Austausch.

Begeistert trotz Denguefieber

Das »weltwärts«-Programm sieht auch die Betreuung der Freiwilligen in ihren Einsatzgebieten vor. Das geschieht durch Seminare, aber vor allem durch Mentor*innen, die helfen, wenn es zum Beispiel Probleme mit der »neuen Rolle« gibt oder jemand erkrankt. »Wir hatten beide Denguefieber«, blicken Lisa-Marie Hülsmann und Pia Vorspel zurück: »Aber unsere Gastfamilien haben sich rührend um uns gekümmert, wir fühlten uns gut aufgehoben. Und unsere Mentorin, Angélique, war immer für uns da. Das war top organisiert!«

Die Organisator*innen von »Weltwärts« können also sehr zufrieden sein. Lisa-Marie Hülsmann und Pia Vorspel widersprechen: »Der Anspruch von weltwärts ist doch inklusiv, die Gruppe der Freiwilligen ist aber eine homogene Gruppe: Abiturient*innen, weiß, Mittelstand.« Dabei ist der entwicklungspolitische Freiwilligendienst offen für junge Menschen mit unterschiedlichen Bildungsbiographien: ein Haupt- oder Realschulabschluss mit abgeschlossener Berufsausbildung reichen für eine Bewerbung genauso aus wie »vergleichbare Erfahrungen«, die Fachschulreife oder eben das Abitur. Teilnehmer*innen ohne Abitur sind aber die

große Ausnahme. Da ist wohl noch sehr viel Aufklärungsarbeit zu leisten.

Ein anderer Anspruch der »weltwärts«-Organisator*innen ist dagegen schon eingelöst: Der interkulturelle Austausch sollte nicht nur einseitig verlaufen, war der von allen Seiten geäußerte Wunsch. Seit 2014 bietet das »weltwärts«-Programm auch eine Süd-Nord-Komponente an, die es jungen Menschen im Globalen Süden ermöglicht, daran teilzunehmen.

Im »Welthaus Bielefeld« ist Barbara Schütz für die Umsetzung verantwortlich. Auch ihr ist die Begeisterung für das Programm anzumerken. Sie weist darauf hin, dass der entwicklungspolitische Freiwilligendienst für Menschen von 18 bis 28 Jahren bereits 2008 vom »Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung« (BMZ) ins Leben gerufen wurde. Über das »Welthaus Bielefeld« können Freiwillige aktuell nach Ecuador, Mexiko und Peru sowie nach Mosambik, Sambia und Südafrika entsandt und in so unterschiedlichen Bereichen eingesetzt werden wie pädagogisches Arbeiten mit Kindern, Jugendlichen und Menschen mit physischen oder psychischen Einschränkungen, Ökologie, ländliche Entwicklung und Gesundheit, Frauenrechte oder Medien, Kunst und Kultur.

Zum sechsten Mal Süd-Nord

In Bielefeld kann die Süd-Nord-Komponente in diesem Jahr zum sechsten Mal jungen Menschen aus dem Globalen Süden angeboten werden. Derzeit nehmen 16 Freiwillige aus Mosambik, Südafrika und Zimbabwe sowie aus Mexiko, El Salvador, Nicaragua, Ecuador und Peru teil. Unter ihnen ist auch Cesária Ndzuolo, die in Mosambik Public Health



Vom Süden in den Norden: 2021 sind in Bielefeld 16 Freiwillige angekommen.



Arbeiteten in einer Schule im Norden Nicaraguas: Pia Vorspel (links) und Lisa Marie Hülsmann.

bik, Südafrika und Zimbabwe sowie aus Mexiko, El Salvador, Nicaragua, Ecuador und Peru teil. Unter ihnen ist auch Cesária Ndzuolo, die in Mosambik Public Health

studiert. Dort hat sie in einem alternativen Kindergarten und einer Schule der »Nhapupwe Organization« gearbeitet, eine Partnerorganisation des »Welthaus Bielefeld«. Im September nahmen sie und die anderen Freiwilligen an Vorbereitungsseminaren teil und lernten ihre Einsatzstellen kennen. Cesária Ndzuolo wird in der Kita »Weltweit« arbeiten, eine Einrichtung des Deutschen Roten Kreuz. Die ersten Wochen in Bielefeld sind sehr wichtig. Die Freiwilligen lernen einander, ihre Gastfamilien und Mentor*innen kennen. Auch Alltägliches gehört dazu: Wie man Bus und Bahn fährt, ein Konto einrichtet oder einkauft. Frauen können zudem an einem Selbstverteidigungskurs teilnehmen und Männer werden mit genderspezifischen Fragen vertraut gemacht. Auch das gehört zum interkulturellen Verstehen.

Den eigenen Kulturraum zu verlassen, fordert den jungen Menschen sehr viel ab, unabhängig davon, ob sie Europa, Afrika oder Lateinamerika für eine begrenzte Zeit hinter sich lassen. Und: Ob Sprache, Vorurteile oder Vorbehalte – das Leben in der Fremde kann auch sehr belastend sein. Wie geht es Cesária Ndzuolo damit? Hat sie bereits Heimweh? Die junge Frau aus Mosambik winkt ab. Dazu sei es noch zu früh. Und nachdenklich sagt sie: »Vieles im Leben ist doch schwierig, erscheint kaum lösbar. Wir sollten unseren Ängsten Träume von einer besseren Welt entgegensetzen und versuchen, sie zu realisieren. Nur so kann sich etwas ändern.«

Nachhaltig, statt einjähriges Intermezzo

Seit Lisa-Marie Hülsmann und Pia Vorspel aus Nicaragua zurück sind, engagieren sie sich in der Nicaraguagruppe des »Welthaus Bielefeld« und auch für die Süd-Nord-Komponente des »weltwärts«-Programms. Als Mentorinnen sind sie für Freiwillige aus dem Globalen Süden in Bielefeld verlässliche Ansprechpartnerinnen. Das Jahr in Nicaragua hat sie geprägt.

Die Erfahrungen, die Lisa-Marie Hülsmann in der Förderschule in Estelí gemacht hat, führten dazu, dass sie heute außer Grundschullehramt auch Sonderpädagogik studiert. Pia Vorspel studiert im Lehramts-Masterstudiengang Spanisch und Pädagogik. Beide erfüllen ein besonderes Anliegen von »weltwärts«: Der Freiwilligendienst sollte nicht ein einjähriges Intermezzo, sondern nachhaltig sein. Er sollte Menschen nachdenklicher, politischer und verantwortlicher machen.

Wer jetzt Interesse am Freiwilligendienst und zudem noch ein freies Zimmer hat, sollte sich unbedingt im »Welthaus Bielefeld« melden. Denn die Freiwilligen werden in Familien untergebracht in Mosambik, in Nicaragua und in Deutschland. In Bielefeld gibt es Familien, die bereits zum dritten Mal Gäste aufnehmen. Auch so können gewinnbringende, interkulturelle Erfahrungen für das ganze Leben gemacht werden.

»Digitalisierung soll den Menschen dienen«

Wozu es einen »Digitalzwangsmelder« braucht, fragt Charlotte Weitekemper

Was, wenn die Digitalisierung nicht den Menschen nutzt, sondern Machtverhältnisse und Abhängigkeiten in der Gesellschaft verstärkt? Der Bielefelder Verein »digitalcourage« widmet sich seit 1987 Fragen nach lebendiger Demokratie im digitalen Zeitalter.

Seit Anfang 2020 erfährt die Digitalisierung einen Schub. Lehrende und Studierende mussten sich auf digitale Lehre einstellen. Schulunterricht und Arbeitsmeetings fanden über den Bildschirm und nicht im Großraumbüro oder Klassenzimmer statt. Auch Freunde und Familie verließen sich auf Videokonferenzen, um sich wenigstens über die Webcam sehen zu können. Menschen, denen technische Möglichkeiten fehlen, die sich nicht aufs Digitale einstellen oder ihre persönlichen Daten besser schützen wollen, werden unter Umständen ausgeschlossen.

An der »Luca App« könne man sehen, dass sich vor allem politisch auf eine bestimmte App, eine bestimmte Software eingeschossen werde und diese dann als Voraussetzung gelte, am öffentlichen Leben teilzunehmen, sagt »digitalcourage«. Darum entwickelte der Verein den sogenannten »Digitalzwangsmelder«: In welchen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gibt es ähnliche Mechanismen sich zum Digitalen zu verpflichten? Seit Anfang Juni 2021 ist das Tool auf der Seite von Digitalcourage online. Jeder, der sich durch digitale

FOTO: PEXELS.COM



Voraussetzungen genötigt fühlt, kann seinen Fall dort eintragen.

Die eingehenden Meldungen gestalteten sich sehr unterschiedlich, beschreibt Julia Witte, Redakteurin bei »digitalcourage«: Ob es nun beim Amt unmöglich sei jemanden statt über ein digitales Formular am Telefon zu erreichen, ob die Hausaufgaben der Kinder per »WhatsApp« verschickt würden, einem für seine Übergriffe auf Nutzerdaten berüchtigten Tool, oder ob für Überweisungsträger bei der Bank auf einmal Gebühren anfielen. Oft bliebe die einzige Alternative zu sagen: Na, dann gehe ich zu einer anderen Bank, meint

Witte. Und im Fall der Bank sei das vielleicht noch möglich. Aber wenn der Arbeitgeber darauf poche, Arbeitnehmer müssten ein Google-Konto mit ihren privaten Daten anlegen, sei die Geschichte eine andere. Und grundsätzlich sollten wir uns fragen, was es gesellschaftlich bedeute, wenn ohne analoge Alternativen bestimmte Menschen einfach abgehängt würden: »Es ist hier vor allem nötig die Verbraucher und Verbraucherinnen zu schützen.«

Die Kritik des Vereins richte sich daher vor allem an Stellen, die Machtverhältnisse und Abhängigkeiten produzieren – zum Beispiel,

wenn die »Luca App« politisch hofiert werde. »Denn gegen die Digitalisierung sind wir nicht, im Gegenteil«, bekräftigt Witte: »Aber wir sind für eine Digitalisierung, die allen Menschen nutzt.«

Werkzeug, aber kein Selbstzweck

Der Verein fordert daher Verhandlungen und Abwägungen darüber, wie man die Digitalisierung konsequent menschenwürdig und Datenschutz-freundlich vollzieht. Die Lebensqualität finde im Analogen statt. »Die darf vor lauter »schnell schnell« eben auch nicht untergehen«, findet Julia Witte. Und das Digitale biete tolle Möglichkeiten, ein friedliches Miteinander zu gestalten. Nur solle es dabei ein Werkzeug sein und nicht zum Selbstzweck werden.

Alle Einsendungen im »Digitalzwangsmelder« werden anonym behandelt. Damit sich »Digitalzwang« nicht noch übers eigene Tool vermehrt, nimmt der Verein auch Einsendungen per Post entgegen. Im nächsten Schritt soll es laut Witte dann darum gehen, Felder zu identifizieren, in denen Digitalzwang stattfindet, sowie diese Fälle zu bearbeiten.

» Info »

aktion.digitalcourage.de/digitalzwangsmelder

Späte Ehre

Ende Mai wurde auf der Bielefelder »Alm« mit dem »Julius-Hesse-Platz« ein Gedenkort eingeweiht. Mit Friedhelm Schäffer, Mitarbeiter der NS-Gedenkstätte Wewelsburg und einem der Initiatoren, sprach Ulrich Zucht

FOTO: ARCHIV ARMINIA BIELEFELD



Viertel: Eine Gedenkstätte für den früheren jüdischen Präsidenten Arminias, der 1944 im KZ Theresienstadt ermordet wurde. Wie lange habt ihr Euch dafür engagiert? **Friedhelm Schäffer:** Den Ausgangspunkt für den nun eingeweihten »Julius-Hesse-Platz« bildete unsere Ausstellung »Fußball im Nationalsozialismus« in der NS-Erinnerungs- und Gedenkstätte Wewelsburg. In diesem Kontext habe ich eine Ausstellungstafel und

eine Dokumentationsmappe über den DSC Arminia erarbeitet. Arminia stellte 2018 das Vereinsarchiv zur Verfügung und kam in Person Christian Venghaus – Leiter Organisation Spielbetrieb bei Arminia – zu Besprechungen nach Wewelsburg. Auch Ole Wolf vom Fan-Projekt nahm mit uns Kontakt auf. So entwickelte sich der Gedanke, das Arminia-Museum

informativer im Hinblick auf die NS-Zeit auszustatten. Ferner sollte in der »Wohnstube« des Vereins – dem Stadion – eine für alle Fans sichtbare, dauerhafte und nachhaltig getragene Gedenkkultur entstehen. Das war ein über zwei Jahre diskutierter Prozess, der vor über einem Jahr in die Gründung der »Julius-Hesse-AG« und im Mai in der Einweihung des »Julius-Hesse-Platz« mündete. Schade, dass wir den Platz nicht öffentlich einweihen

konnten, die Coronasituation verhinderte das.

War es schwierig, Arminia davon zu überzeugen?

Nein. Bei Arminia war es nicht schwer, Gehör zu finden. Klar, Punkte und Tore stehen im Vordergrund, andere Vorhaben stehen dahinter. Ein langer Atem ist wichtig. Das gilt aber nicht nur für diesen Klub. Aber die Kooperation zwischen uns als NS-Gedenkstätte und Arminia als Profiklub führte schon 2019 zu der Präventionsarbeit gegen Rassismus und Antisemitismus mit der U 15 des Vereins. Seit einem guten Jahr beteiligt sich auch der »Arminia-Supporter Club« an der AG. Die »Supporters« besuchen die Fußballs Ausstellung in der Wewelsburg regelmäßig.

Die Arbeitsgemeinschaft bleibt ja bestehen. Was plant Ihr zukünftig?

Erstmal geht es darum, ein neues Konzept gut organisiert laufen zu lassen. Der »Julius-Hesse-Platz« ist mittlerweile Ausgangspunkt für die U 15 Präventionsarbeit, aber auch in der Stadionschule des Fan-Projekts bildet der Ort

einen Baustein in der Arbeit mit Schülerinnen und Schülern. Das gleiche gilt für das Museum und die Stadionführungen. Natürlich werden wir auch in der Zukunft Veranstaltungen und Projekte organisieren. Das Gedenken an den antisemitischen Pogrom im November 1938 wird für uns ein Anlass sein, Veranstaltungen zu planen. Und seit kurzem präsentieren wir, die »Julius-Hesse-AG«, den »Rundgang Spurensuche – Arminia während der NS-Zeit«, der regelmäßig Fußballfans und anderen Interessierten angeboten wird.

Julius Hesse (1875-1944), von 1909-1914 Vorsitzender und »Retter« von Arminia Bielefeld. 1943 wurde der jüdische Kaufmann nach Theresienstadt deportiert und 1944 ermordet.

» Info »

Termine für den Rundgang Spurensuche: Sonntag, 07.11. und 14.11.21, 14.30 Uhr, Treffpunkt Almparkplatz. Die Teilnehmerzahl ist auf 15 Personen begrenzt. Anmeldung: info@fanprojekt-bielefeld.de

Anzeigen

An- und Verkauf
alter und gebrauchter Bücher
–
Büchersuchdienst –

Antiquariat
in der Arndtstraße

Arndtstraße 51 · 33615 Bielefeld
05 21 / 923 89 96
kontakt@antiquariat-arndtstrasse.de

Öffnungszeiten: Mo – Fr 12⁰⁰ – 19⁰⁰ · Sa 10⁰⁰ – 14⁰⁰

Stimmen
Reparatur
Begutachtung

Erwin Klumpf
Klavierbaumeister

Telefon 0521.178126
www.erwin-klumpf.de

leicht,
flexibel, unabhängig

cambio
CarSharing

CarSharing

Tel. 0521-633 33 | www.cambio-CarSharing.de

Die Spaziergängerin auf dem Bielefelder Johannisberg reibt sich verwundert die Augen. Ihr Blick fällt auf eine Eiche, an deren Fuß der Name »von Hindenburg« auf einem Eisengitter zu lesen ist, geschmückt mit einem eisernen Kreuz. Hindenburg? War das nicht der Reichspräsident, der Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannte und damit die Übergabe der Macht an die Nazis erst möglich gemacht hat, Hitler quasi den Steigbügel hielt? Doch, genau der wird hier bejubelt.

Das kann so nicht bleiben! Diese Erkenntnis greift inzwischen um sich, allerdings ist noch unklar, welche Schlussfolgerungen aus ihr gezogen werden. Die Bezirksvertretung Gadderbaum hat im Mai – auf Antrag der Fraktion »Die Linke« – den Beschluss gefasst, sich für die Umwidmung der »Hindenburg-Eiche« einzusetzen und dafür das Gespräch mit der Bielefelder Schützengesellschaft zu suchen. Auf deren Grund steht der Baum nämlich. Dieses Gespräch soll nach der Sommerpause stattfinden – auf das Ergebnis darf man gespannt sein, und noch mehr darauf, wie die politischen Entscheidungen aussehen, die in den nächsten Monaten dazu getroffen werden.

Wie Hindenburg zu seiner Eiche kam

1933, am 7. August, wurden bei dem Fest der Bielefelder Schützengesellschaft von Schützenoberst Herbert Delius zwei Eichen geweiht – die Adolf-Hitler-Eiche und die Hindenburg-Eiche. Der feierliche Akt fand auf dem Johannisberg statt.

Das gesamte Schützenfest wurde als »Schützenfest der nationalen Erhebung« inszeniert und gefeiert – so berichtete die Westfälische Zeitung am folgenden Tag begeistert –, mit Adolf-Hitler als Ehrenschildkönig. Der Bielefelder Oberbürgermeister Paul Prieb – bis heute übrigens Namensgeber der Prieballee – schwelgte in der Begeisterung über die »wahre Volksgemeinschaft«, die sich hier zeige.

Dies war eine der ersten großen Inszenierungen der Nazis in Bielefeld. Dietmar Süß beschreibt sie in seinem spannenden Buch »Gesellschaft im Nationalsozialismus«: »Das Hakenkreuz rollte im bunten Blumengesteck im Festumzug mit, die Arme waren zum »deutschen Gruß« emporgestreckt, ein Meer aus Fahnen und Girlanden zierte den Prachtboulevard Ostwestfalens. Die Farben waren nicht nur im Weiß-Rot der Schützengesellschaft gehalten, sondern auch im Braun der Partei und im Schwarz-Weiß-Rot der Reichskriegsflagge. Schützenoberst Delius marschierte Seite an Seite mit der SS, dem BDM, der HJ, und die jungen Schützen reiheten sich ein.«

Ein ganz besonderer Programmpunkt dieses Schützenfests bestand in der Ehrung von Reichspräsident und Reichskanzler durch die Weihung der beiden Eichen. Schützenoberst Delius hielt für beide die Lobrede, zuerst auf Hitler, für den eine sehr junge Eiche ausgewählt worden war, die noch eine große Zukunft vor sich haben sollte. »Heute – im Jahr der deutschen Erhebung – wollen wir in treuer Dankbarkeit des Mannes gedenken, der uns herausgerissen hat aus der Uneinigkeit und Verzweiflung.« Er schloss seine Rede: »Unserem großen Führer und Volkskanzler ein dreifaches »Sieg-Heil!«

Um Hindenburg zu ehren, wurde eine ältere Eiche für würdig befunden, Delius dazu in seiner Laudatio: »Mögest du, deutsche Eiche, erleben, dass das, was Hindenburg und Hitler im Jahr der Erhebung des deutschen Volkes eingeleitet haben, restlos durchgeführt wird.« Zum Abschluss der Weihung auf den Namen »Hindenburg-Eiche« wurde das Deutschlandlied angestimmt.

Die Hindenburg-Eiche ist die einzige von drei während der NS-Zeit geweihten Eichen, die es mit ihrem deutschnationalen

FOTO: KLAUS FEURICH



Unschuldige Eichen

Um drei Denkmäler auf dem Johannisberg ist ein Streit entbrannt. Annelie Buntenbach hat ihre nationalsozialistische Geschichte recherchiert

»Schmuck« bis in die heutige Zeit geschafft hat. Die Adolf-Hitler Eiche ist nicht mehr zu lokalisieren, ebenso wenig der Baum, der 1934 den NS-Kultfiguren Schlageter und Wessel gemeinsam gewidmet worden war.

Nach dem Fall Hitlers – Neue Begleiter für Hindenburg-Eiche?

Inzwischen hat die Hindenburg-Eiche neuere Begleiter – neben ihr stehen jetzt eine Pommern-Eiche und eine Delius-Eiche.

Die Pommern-Eiche erhielt ihre Widmung am 31. August 1952, als sich zum Pommerntag 8.000 Menschen auf dem Johannisberg versammelten. Ihr fester Wille sei, so bei der Großkundgebung der Sprecher der Bielefelder Landsmannschaft Werner Brand, »in ihrer Hauptforderung nach Rückgabe der Heimat nie nachzulassen.«

Am Ende übernahm Schützenoberst Delius die Pommerneiche in die Obhut der Bielefelder Schützengesellschaft. Auch ihm selbst wurde eine Eiche auf dem Johannisberg gewidmet.

Schlechte Vorzeichen für Gespräche über Umgestaltung

Schon die Daten auf deren Schmuckgitter (1928/1952) zeigen ungebrochene Kontinuität von der Weimarer Republik über den Nationalsozialismus bis in die Bundesrepublik. Trotzdem ist bei der Bielefelder Schützengesellschaft bis heute keine Spur

einer kritischen Auseinandersetzung oder Aufarbeitung der eigenen NS-Geschichte sichtbar.

Für ein Gespräch, das auf eine Umgestaltung des Johannisbergs im Sinne demokratischer Erinnerungskultur zielt, sind das schlechte Vorzeichen. Denn was die Stadtgesellschaft nicht an die Bielefelder Schützengesellschaft abgeben kann und darf, ist die Entscheidung, die Hindenburg-Eiche endlich von ihrer unseligen Geschichte und ihrem nationalen Ballast zu befreien. Auch wenn die Eigentumsverhältnisse klar sind, ist der Johannisberg ein öffentlicher Ort.

Was tun? Die Gruppe »Aktion für Demokratie und Respekt« (ADuR) ist mit der Forderung vorgeprescht, die »geweihten« Eichen endlich alle drei von ihren Käfigen zu befreien. Andere Stimmen plädieren dafür, zwar die Schmuckgitter an den Eichen zu belassen, aber sie in Zukunft in einen Kontext zu stellen, der zum Nachdenken anregen könnte. Etwa durch eine erklärende Tafel, die den historischen Zusammenhang aufzeigt. In diese Richtung gehen auch die Überlegungen der unteren Denkmalbehörde in Bielefeld, die bereits seit einigen Jahren den Johannisberg als Parkanlage mit seinen verschiedenen historischen Elementen im Blick hat und in Abstimmung mit dem LWL auf seinen Denkmalwert prüft. Fakten sind hier noch nicht geschaffen – angesichts der inzwischen öffentlich laufenden Debatte soll möglichst ein gemeinsamer Weg mit der Bezirksvertretung Gadderbaum gefunden werden.

Allerdings würde eine kleine Tafel neben den eisenumkränzten Eichen die Verhältnisse

kaum zurechtrücken. Der Platz würde weiterhin von den geweihten Eichen und der Verehrung für Hindenburg, die Pommern und Schützenoberst Delius dominiert.

Aber genau das gilt es zu verhindern – also ab mit den Schmuckgittern ins Museum oder her mit einer Kunstaktion, gern auch einem Wettbewerb, der den Platz für die Demokratie zurückholt. Dann auch gern mit einer Tafel fürs Kleingedruckte.

» Info »

Weitere Informationen zur Hindenburg-Eiche von Annelie Buntenbach online unter www.die-viertel.de, Nr.46.

Renovieren ohne Chemie

ÖKO Bauwelt

bauen · wohnen · gestalten · erhalten • ökologische Baustoffe Bielefeld

Ökologische Baustoffe Bielefeld · Siechenmarschstr. 21
33615 Bielefeld · Tel. 0521 64942
www.oeko-bauwelt.de

Anzeige

Wilsberg, Overbeck und die Anderen

Auch im neu gewählten Bundestag werden Lobbyismus und Vorteilsnahme nicht einfach verschwinden. Gedanken zur Korruption von Bernd Kegel

FOTO: MARTIN SPECKMANN



Mit einer Flasche fing es an ...

»Korruption schadet der Demokratie«, so heißt es. So viel an Wahrheit, wie der Spruch in sich trägt, so viel an toxischer Kraft kann er entfalten. Es gilt, ganz scharf hinzuschauen. Nur das scharfe Hinschauen auf das, was »Korruption« genannt wird, ist eine scharfe Waffe gegen ein Verhalten, das der Gesellschaft schadet und Ungerechtigkeit fördert. Aber: Wie ungenau ist eigentlich diese Behauptung? Wem wird denn geschadet? Und wer profitiert nicht vielleicht sogar davon, dass die Wirtschaft »wie geschmiert« läuft?

Wie wir die Welt sehen sollen, zeigt uns das Fernsehen. Dort fechten diverse Helden stellvertretend unsere Kämpfe. Einer von ihnen heißt Wilsberg und ist als Privatdetektiv in einem Fernseh-Münster für die Gerechtigkeit unterwegs. Dass übrigens »Bielefeld« mindestens einmal pro Folge erwähnt werden muss, verdanken wir einem Spleen der Drehbuchautoren. Wilsbergs Antagonist ist ein Mann namens Overbeck. Der ist eine Knalltüte, nebenbei aber auch Polizist. Wilsberg reibt ihm Folgendes unter die Nase: »Es muss einen Grund geben, warum ich Ihnen immer einen Schritt voraus bin«. Wilsberg hat seine Methoden. Die sind Overbeck, dem Beamten, unmöglich. Wilsberg zaubert hier und da mit ein, zwei Fuffis und nutzt die magischen Kräfte von Vorteilsangebot und Vorteilsnahme. Overbeck würde das meiste davon als »Korruption« bezeichnen. Da der Detektiv jedoch serienmäßig der Gerechtigkeit dient, gelten seine kleinen Manöver als notwendiger »Einfallreicher«. Was zwei Fragen aufwirft: Wo endet »vernünftiges Handeln« und wo beginnt die »Sünde der Korruption«?

Deregulierung für Profit

Vom fiktiven Fernsehen zurück ins Faktische. Zum Beispiel zu den Grundsätzen von

CD/SU und FDP. Der neoliberalbürgerlich-konservative Dreier mit dem Hang zur Förderung selbst ernannter Eliten propagiert »Deregulierung«. Was sich vor allem auf die Wirtschaft bezieht. Der Staat soll nicht mehr so genau hinschauen, wenn es um (privaten) Profit geht, ums G'schäftle-Machen. Sollte sich der Staat sich erdreisten, zu sehr auf gesetzbasierte Kontrolle zu setzen, dann bleibe den Unternehmern nichts anderes übrig, als das träge System zu »schmieren«. Denn das Brummen der Wirtschaft ist oberstes Ziel. »Für ein Land der ungebremsten Möglichkeiten« – Wahlslogan der CDU. Alles andere ist »Sand im Getriebe«. So betrachtet ist nicht der unanständig handelnde Staat schlecht für das »Wohl des Volkes«, sondern der anständige!

Masken, Maut, Wirecard, Cum Ex und andere ANDISCHEUERlichkeiten: Ein demokratisch verfasster Staat mag nicht in der Lage sein, für hundertprozentige »Gerechtigkeit« zu sorgen. Und er kann auch nicht jegliche Korruption »mit Stumpf und Stiel ausrotten«, wie es Demagogen gerne nennen. Vielmehr befindet sich die Demokratie in einem Dilemma: Je genauer sie hinschaut, desto mehr Korruption wird augenfällig. Wer viel testet, entdeckt viele Infizierte. Je sorgfältiger der Staat arbeitet, desto stärker zeigt sich, wie viel Korruption wirklich stattfindet. Dass nämlich »der Staat« selbst schwach ist, an und durch sich selbst korrumpiert, diesen Trugschluss versuchen Populisten stets hervorzuheben. Mit toxischen Zielen. Vieles passt nicht in diesem Land und vieles ist schlimm in dieser Demokratie. Doch das Heils-Versprechen, dass Korruption mal eben so ausgeMERZt werden könnte, ist die zersetzende Logik von Hetzern. Was wäre denn die Alternative? Für Deutschland?

Wenn die Gewaltenteilung Legislative, Exekutive und Judikative, neudeutschame-

rikanisch »Checks and Balances«, die Demokratie nicht mehr wirklich schützen können, hilft dann vielleicht die »Vierte Gewalt«, der Journalismus? Theoretisch ja. Information, Aufklärung, faktenbasierte Recherche, unabhängiges Hinschauen können entscheidendes Wissen gegen Korruption und andere Sauereien bereitstellen. Engagierte Medien mit qualifizierten Journalist:innen haben schon einiges bewirken können. Allerdings haben sich auch bei den »Leitmedien« neoliberale Lohndumping und Profitmaximierung eingenistet. Die Konzentration der Printmedien auf wenige Verlagshäuser führt zu Vereinheitlichung und Verflachung der Berichterstattung. Das gilt auch für die Öffentlich-Rechtlichen, die ihre politische Meinungsmache (zum Beispiel Talkshows) fast ausschließlich an private Produktionsgesellschaften outsourcen. Was neben den »Großen« noch existieren und informieren kann, sind Nischenprodukte mit kleinen Auflagen und diverse engagierte Medienmenschen in den Blasen des worldwidedeb. Wenn der Journalismus, trotz und wegen aller kritisierbaren Entwicklungen, allerdings prinzipiell angegriffen wird, ist die Korruption vielleicht bald besiegt. Dann gelten Willkür und die Macht des Stärkeren ohne Kontrolle und niemand wird mehr sagen »Korruption schadet der Demokratie«. Die gibt es dann nämlich nicht mehr.

Hausmaus als Monster

Seit es Demokratie gibt, ist sie von Korruption begleitet. Als sei die Korruption ein Kulturfolger, wie die Hausmaus. Nur etwas monströser. Aber allgegenwärtig. Seit es Demokratie gibt, versuchen ihre Gegner sie mit den Schattenseiten der erkämpften Freiheiten zu verunglimpfen. Meistens verfolgen sie das Ziel, vordemokratische Herrschaftsformen wieder herzustellen. In denen Kor-

ruption als »Willkür« und »Recht der Stärkeren« firmiert.

Sprachhistorisch ist zurück zu verfolgen, dass das Wort »Korruption« zuerst im Umfeld der Französischen Revolution aufkam. Als es dem so genannten »Dritten Stand«, der weder zum Adel noch zur Kirche gehörte, gelang, sich aus der Herrschaft der beiden anderen Stände zu befreien. Im Zuge der Aufklärung entstanden erst entsprechende Rechtsnormen, gegen die verstoßen werden konnte: Rechtsnormen, die davon ausgingen, dass für jeden männlichen(!) Bürger dasselbe, objektiv dargelegte Recht gelten sollte. Ohne Betrachtung des Standes. Die Geschlechterfrage wurde damals selten gestellt.

Zunächst aber gilt es festzustellen, dass Korruption als Übel nur benannt werden kann, wenn es auch als solches benannt wird: als ein der Allgemeinheit schadenes Verhalten. Als Verhalten, das »in verderbter Weise« von einer Rechtsnorm und einem Standard festgeschriebener Moral abweicht; und im Idealfall dem entsprechend geahndet wird.

Lange betrachteten viele die Korruption als Monster aus der Urzeit, das in unsere geregelte Welt einbricht. An dem sich zeigt, dass die Demokratie als politische Kraft nicht wehrhaft genug ist, diesem Urvieh zu begegnen. Heute gilt: die Korruption darf ruhig auch mal als Monster betrachtet werden. Vielleicht als eines, das jenem ähnelt, das im griechischen Mythos beschrieben wird. Als Medusa. Über die wird erzählt, dass die Menschen, die sie anblicken, zu Stein erstarren. Ein toller Trick eigentlich, wäre da nicht Perseus gewesen, der Medusa über einen verspiegelten Schild anschaut. Was der bessere Trick war und zu Medusas Enthauptung führte. Auf die Korruption angewandt, würde das heißen: Wer sich nicht traut, richtig hinzuschauen, kann das über Bande tun. Beim Ibiza-Video war es die versteckte Kamera, in vielen anderen Fällen gut bezahlte »Steuer-CDs«, in Baden-Württemberg aktuell das amtliche Hinweisgeberportal, das Bürger:innen auffordert, einen Verdacht auf Steuerstraftaten doch bitte einfach mal anzuzeigen. Was erwartbar aus interessierten Kreisen in klassischer Täter-Opfer-Umkehrung als Aufruf zur Denunziation gewertet wurde. Solange solche Reaktionen erfolgen, ist davon auszugehen, dass Korruption weiterhin existiert. 50 Milliarden Euro, so die Schätzung der Steuergewerkschaft, entgehen dem Fiskus durch Steuerhinterziehung jährlich. Damit weitere Schweinereien auffliegen gilt also: Hingucken, bis es weh tut.

Impressum

Viertel – Zeitung für Stadtteilkultur und mehr

Redaktion:

Silvia Bose, Klaus Feurich, Birgit Gärtner, Matthias Harre, Bernd Kegel, Aiga Kornemann, Martin Speckmann, Bernhard Wagner, Bernd J. Wagner, Conny Wallrabenstein, Charlotte Weitekemper, Ulrich Zucht (V.i.S.d.P.)

AutorInnen, Mitarbeit:

Annelie Buntenbach, Birgit Reher

Gestaltung und Layout: Manfred Horn

Druck: Druckerei Matz, Bielefeld

Kontakt, Anzeigen

Viertel – Zeitung für Stadtteilkultur und mehr

c/o BI Bürgerwache e.V. | Rolandstr. 16

33615 Bielefeld

E-Mail: post@die-viertel.de

Internet: www.die-viertel.de

Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft

DE80 3702 0500 0007 2120 00

Stichwort: Spende »Viertel«